



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 45 Postulat Muff Sara und Mit. über Massnahmen zur Reduktion von Food-Waste und zur Förderung von CO₂-armen und regionalen Essensangeboten bei kantonalen Institutionen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Sara Muff: Gemäss dem Bund trägt in der Schweiz die Ernährung mit einem Anteil von 28 Prozent bedeutend zur Gesamtumweltbelastung bei. Rund ein Drittel aller in der Schweiz produzierten Lebensmittel geht zwischen Feld und Teller verloren oder wird verschwendet. Das entspricht pro Jahr rund 3,6 Millionen Tonnen Nahrungsmitteln oder der Ladung von rund 140 000 Lastwagen, die aneinandergereiht eine Kolonne von Zürich bis Madrid ergeben würden. Fast die Hälfte der Abfälle wird in Haushalten und der Gastronomie verursacht. Pro Person und Tag landen im Durchschnitt 320 Gramm einwandfreie Lebensmittel im Abfall. Dies entspricht fast einer ganzen Mahlzeit. Wenn Lebensmittel hergestellt, aber nicht konsumiert werden, führt dies zu unnötigen CO₂-Emissionen, Biodiversitätsverlust und Land- sowie Wasserverbrauch. Dies wirkt sich negativ auf das Klima aus. Nebst den ökologischen Folgen hat Food-Waste auch weitreichende ökonomische Konsequenzen. Weggeworfene Lebensmittel verursachen überall entlang der Wertschöpfungskette Kosten, was sich in den Endpreisen der in der Schweiz konsumierten Lebensmittel widerspiegelt. Es ist schön, in der Stellungnahme der Regierung zu lesen, dass der Kanton Luzern hier bereits aktiv wurde und versucht, dem Food-Waste entgegenzuwirken. Für mich bedeutet dies jedoch nicht Ablehnung wegen Erfüllung, sondern diese Ressourcen gezielt zu nutzen und weiterzuentwickeln. Zudem kommen laufend neue Ideen auf, um diesem Problem entgegenzuwirken. In der Stellungnahme der Regierung habe ich einen Punkt vermisst. Dies ist ein weiterer Grund, warum ich an meinem Postulat festhalte. Eine Forderung des Postulats lautet, dass die Verwendung von CO₂-armen und regionalen Lebensmitteln bei kantonalen Institutionen gefördert werden soll. Dies ist ein wichtiger Aspekt, denn so kann die Wertschöpfungskette verkürzt und regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe können gestärkt werden. Entlang der Wertschöpfungskette entsteht bei jedem Verarbeitungsschritt Food-Loss, ein sogenannter Lebensmittelverlust. Wird aber ein Augenmerk darauf gerichtet, CO₂-arme Lebensmittel aus der Region zu verwenden, wird der Kreislauf verkleinert, und es kann zusätzlich dem Food-Loss entgegengewirkt werden. Zudem müssen die Lebensmittel nicht auf einem anderen Kontinent eingeschifft werden. Dies wirkt sich auch sehr günstig auf die CO₂-Bilanz aus. Es können lokale Produzenten vor Ort unterstützt werden, und die Wertschöpfung bleibt ebenfalls vor Ort. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen

Claudia Huser Barmettler: Die Regierung führt sehr detailliert aus, welche Massnahmen zur Verringerung von Food-Waste unternommen werden. Die Übersicht zeigt, dass das Thema im Kanton Luzern erkannt ist und einiges gemacht wird. Die Regierung schreibt auch,

dass es sich um eine Daueraufgabe handle. Ich bin gespannt auf die weiteren Programme. Aber das Postulat verlangt auch die Förderung von CO₂-armen und regionalen Essensangeboten. In ihrer Stellungnahme geht die Regierung leider kaum darauf ein. Es gilt nicht nur das Bewusstsein zu fördern, dass ein regionaler Käse nicht nur gut für unsere Landwirtschaft ist, da ihr die Wertschöpfung zugutekommt und nicht dem Parmesan-Produzenten in Italien, sondern auch, dass der kürzere Transport deutlich weniger CO₂-Austoss produziert und wir auch deshalb regional einkaufen müssen. Leider ist das noch lange nicht allen klar, und es gibt noch viel zu tun. Lokal heisst auch umweltfreundlicher, aber ohne dabei extrem zu werden. Wenn wir schon von CO₂-armem Essen reden, ist auch unser sogenannter „Fleischkanton“ immer wieder ein Thema. Aber auch hier sollten wir nicht extrem werden. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Anlässlich der Klima-Sondersession wurde zudem auch die Motion M 52 von András Ózvegyi mit dem Ziel, netto null CO₂-Emissionen bis 2050 erreichen zu können, erheblich erklärt. Es braucht also Massnahmen, und zwar heute.

Rahel Estermann: Mit meiner Anfrage A 13 habe ich ebenfalls einige Fragen zum Food-Waste-Aktionsprogramm gestellt. Wir anerkennen, dass hier einiges geschehen ist, auch aufgrund eines Postulats der Grünen aus dem Jahr 2013. Wir erwarten aber, dass sich der Kanton dieses Themas weiterhin annimmt. Die Postulantin verlangt nicht nur Massnahmen gegen Food-Waste, sondern dass kantonale Institutionen CO₂-arme und regionale Lebensmittel verwenden. In seiner Stellungnahme ignoriert der Regierungsrat diese Forderung komplett, das ist unverständlich. Wir wissen nicht, ob in kantonalen Institutionen Äpfel aus Neuseeland konsumiert werden oder ob es vegetarische und vegane Angebote gibt. Ich bin mir sicher, dass in diesem Bereich noch viel Potenzial vorhanden ist. Wir kommen nicht darum herum, den Speiseplan mit weniger Fleisch – dem CO₂-intensivsten Lebensmittel – auszustatten. Um graue Energie zu sparen, sollten wir Produkte aus der Region verwenden. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Erheblicherklärung zu.

Gerda Jung: Wie die Regierung schreibt, ist das Begehren des Postulats bereits in die Tat umgesetzt worden. Ich denke dabei etwa an die grossen Erfolge in den Spitälern, wie es mir auch von Fachkräften aus der Gastronomie der Spitäler lobend bestätigt wurde. In den Schulen stellt der Lehrplan 21 die Aufklärung der Lebensmittelkette klar ins Zentrum. Die Sensibilisierung der Bevölkerung ist ebenfalls voll im Gang, so zum Beispiel in der Agrovision Burgrain in Alberswil, die eine ganzheitliche und umfassende Aufklärung betreibt. Schlussendlich liegt aber die Umsetzung bei jedem Einzelnen. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab. Gemäss Stellungnahme des Regierungsrates wird bereits seit mehreren Jahren mit Aktionsprogrammen gegen Food-Waste vorgegangen.

Patrick Hauser: Wer nur den Postulatstext liest, erhält den Eindruck, dass im Kanton Luzern bis heute nichts gegen Food-Waste unternommen wurde. Leider führt die Postulantin eine wesentliche Aussage des bundesrätlichen Berichts „Umwelt Schweiz 2018“ nicht aus: Knapp 40 Prozent des Food-Waste entstehen bei uns, den Konsumentinnen und Konsumenten. Rund drei Viertel des gesamten Food-Waste geschieht in der Lebensmittelindustrie oder in den Haushaltungen, 11 Prozent in der Gastronomie und 9 Prozent in der Landwirtschaft sowie 4 Prozent im Detailhandel. Warum ist das so? In der Gastronomie wurden in den letzten Jahren diverse Massnahmen ergriffen, Programme umgesetzt und das Bewusstsein geschärft, denn schlussendlich handelt es sich bei Food-Waste um unnötige Kosten, die man problemlos in den Griff bekommen kann. In ihrer Stellungnahme zeigt die Regierung klar auf, dass das Thema Food-Waste seit 2013 auf ihrem Radar ist und seit 2015 verschiedene Programme im Kampf gegen Food-Waste laufen. Unter anderem wurde das Thema auch von den Kantonsspitalern aufgenommen, um mit geeigneten Massnahmen die Lebensmittelabfälle um 35 Prozent zu reduzieren. Wir stimmen daher mit der Regierung überein und lehnen das Postulat ab.

Sara Muff: Gerade wegen des Lebensmittelverlustes in der Lebensmittelindustrie sollte

man diesem Postulat zustimmen. Das Postulat fordert, dass regionale und lokale Produkte bevorzugt werden. Dadurch wird auch der Wirtschaftskreislauf verkleinert, und die Lebensmittelverluste nehmen ab. Dieser Punkt hat in der Stellungnahme gefehlt. Ich bitte Sie, Ihre Haltung nochmals zu überdenken.

Hasan Candan: Ich bin überrascht über die Haltung der SVP und der CVP, gehören beiden Fraktionen doch viele Landwirte an. Gerade die Landwirte regen sich oft über die weiten Transportwege oder das Wegwerfen von Nahrungsmitteln auf.

Ruedi Amrein: Der FDP-Fraktion geht es um die Möglichkeiten, die der Kanton in diesem Bereich hat. Der Kanton sensibilisiert seine Institutionen in Bezug auf Food-Waste und führt entsprechende Kampagnen durch – mehr kann er nicht tun. Was erwartet die Postulantin von der Regierung? Ein Umdenken muss bei den Konsumentinnen und Konsumenten und bei der Produktion und Verarbeitung stattfinden. Aus diesem Grund beantragt die Regierung Ablehnung wegen Erfüllung. Ich sehe deshalb keinen weiteren Handlungsbedarf.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich habe von meinen Eltern gelernt, dass man Esswaren und ihre Resten immer verwerten soll. In ihrem Zeitalter hat man das vor allem aus ökonomischen Gründen gemacht, denn es hatte nicht von allem zu viel. Heute sind wir in der glücklichen Lage, dass es von allem überaus viel gibt. Das führt dazu, dass wir mit unseren Ressourcen – oder eben mit Lebensmitteln – nicht mehr so vorsichtig umgehen. Ich bin überzeugt, dass es in der Eigenverantwortung von uns allen liegt, dieses Problem zu lösen. Aus der Stellungnahme der Regierung wird ersichtlich, dass wir schon viel unternommen haben. So wird etwa in den Mensen, denen externe Firmen die Lebensmittel liefern, das Engagement nachgewiesen. Die SV Schweiz, welche die Mensen führt, publiziert einen Nachhaltigkeitsbericht, auch zum Thema Food-Waste. Ich bin überzeugt, dass es sich um eine Daueraufgabe des Kantons handelt, die Bevölkerung zu sensibilisieren. Aber auf das Verhalten der Konsumenten und der Produzenten können wir nur sehr beschränkt Einfluss nehmen. Es ist aber richtig, dass wir uns beispielsweise der internationalen PUSCH-Kampagne „Save Food – Fight Waste“ (2019–2021) anschliessen oder an anderen Aktionen teilnehmen. Kürzlich war ich im Hotel Schweizerhof an der sogenannten „Schnippeldisco“, wo wir Essensreste verwertet haben. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen. Wir nehmen uns dieses Themas aber weiterhin an, das kann ich Ihnen versprechen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 65 zu 41 Stimmen ab.